

Anfrage der Ratsgruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache Nr.: 10446/2020-2025

Anfrage

Welche Maßnahmen erwägt die Verwaltung hinsichtlich der Abhängigkeit der kommunalen IT und der städtischen Tochterunternehmen von Software und digitaler Infrastruktur außereuropäischer (insbesondere US-amerikanischer) Unternehmen?

Antwort der Verwaltung:

Die IT-Branche wird von Firmen wie Apple, Microsoft, Google, Amazon oder Meta dominiert. Der hohe Verbreitungsgrad von zum Beispiel Microsoft Office Produkten sowie deren hohe Integrität in Fachanwendungen, wie sie in Verwaltungen genutzt werden, ist bei Open Source-Produkten nicht vergleichbar gegeben. Dies macht es derzeit unmöglich Microsoft Office-Produkte durch Open Source-Alternativen in der Fläche zu ersetzen. Um hier dennoch Abhängigkeiten zu minimieren, sucht die Verwaltung im Rahmen von Neu- oder Ersatzbeschaffungen neben proprietären Softwarelösungen auch immer nach geeigneten Open Source Lösungen, die dieselben Anforderungen erfüllen können. Je nach Anforderung werden Fachanwendungen selbst betrieben oder DSGVO-konform als Software as a Service (SaaS) gehostet.

Die Entwicklungen auf dem IT-Markt zeigen, dass IT-Lösungen kaum noch als On-Premise-Varianten angeboten werden, sondern zunehmend als Abo basierte Cloud-Varianten (SaaS). Microsoft 365 (M 365) sei hier als eines von vielen Beispielen erwähnt. Auch hier versucht die Verwaltung, möglichen Abhängigkeiten zu minimieren und gleichzeitig der ihr obliegenden kommunalen Aufgabenerfüllung nachzukommen.

Zum jetzigen Stand gibt es noch keine Möglichkeit, Open Source Lösungen umfassend in der Verwaltung einzusetzen. Das liegt an drei zentralen Herausforderungen:

1. Es besteht eine starke Abhängigkeit von Fachverfahrensherstellern bzgl. Schnittstellen, die eine Kommune allein nicht auflösen kann.
2. Es besteht ein erhöhter Schulungsbedarf aller Mitarbeitenden beim Einsatz von Open Source Software durch andere Benutzeroberflächen und Prozessen (Usability) gegenüber bereits bekannten Microsoft-Produkten. Der Personal- und Kostenaufwand muss bei einer Umstellung mitbetrachtet werden.
3. Eine umfassende Ablösung von proprietärer Software durch Open Source-Alternativen ohne einschneidende Einbrüche der Servicequalität und Wahrnehmung von kommunalen Pflichtaufgaben ist aktuell nicht möglich.

Derzeit setzt die Verwaltung auf eine Mischung von proprietärer Software und Open Source-Software. Dabei wird das Ziel, eine stärkere digitale Souveränität zu erreichen, weiterhin verfolgt. Eine erste Übersicht zu bereits eingesetzter Open Source Software in der Bielefelder Stadtverwaltung wurde in den Sitzungen des Digitalisierungsausschusses vom 07.09.2023 und 26.10.2023 gegeben.

Zusatzfrage 1:

Welche Alternativen, insbesondere im Bereich Open Source und/oder durch europäische Anbieter, z.B. über das ZenDiS (<https://www.zendis.de>), kämen für die zentralen Dienste der kommunalen IT in Frage?

Antwort der Verwaltung

Der umfassende Einsatz von Open Source Lösungen - z.B. im Office Bereich - wird aufgrund mangelnder Kompatibilität zu den vorhandenen Fachverfahren erschwert oder ist häufig aufgrund besonderer Anforderungsprofile nicht möglich. Hinzu kommt, dass die Verfahrenshersteller überwiegend keine Anpassungen ihrer Produkte in Richtung Open Source Office Software erwägen. Dennoch beobachtet und verfolgt die Verwaltung die laufende Entwicklung bei den unterschiedlichen Akteuren im Open Source-Bereich. Beispielhaft zu nennen sind:

1. München: Rückkehr von Open Source Lösungen zu Microsoft-Produkten.
2. Hamburg: dPhoenixSuite von Dataport als Alternative zur proprietären Office- und Kollaborations-Suite von Microsoft.
3. Schleswig-Holstein: Beteiligung an der Deutschen Verwaltungscldoud (siehe IT-Planungsrat) ist geplant.
4. Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS): Der Einsatz von openDesk als z.B. cloudbasierter Notfall-Arbeitsplatz.
5. Dachverband kommunaler IT-Dienstleister (KDN): hybrides Modell aus Microsoft on Premise und openDesk. Falls es dem Dachverband gelingen sollte, mit den Fachverfahrensherstellern zu einem positiven Anpassungsprozess bzgl. Schnittstellen zu kommen, eröffnen sich neue Einsatzmöglichkeiten von Open Source Lösungen, die dann von Verwaltung erneut zu prüfen sind.

Zu beachten ist, dass diese Beispiele auf einen Arbeitsplatz ohne Fachanwendungen abzielen.

Zusatzfrage 2:

In welchen Bereichen wurden diese oder andere Alternativen bereits genauer untersucht und mit welchem Ergebnis?

Antwort der Verwaltung

Für den Bereich Zusammenarbeit und Datenaustausch wurde 2023 die Open Source Software Next Cloud eingeführt. Sie dient als Ersatz für den (alten) Microsoft SharePoint und als Datenaustauschplattform für alle Mitarbeitenden. Sie wird auch weiterhin als dauerhafte Ergänzung zu Microsoft Lösungen eingesetzt.